



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/282 - 4.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zum Tode Fritz Hensslers	S. 1
Ho Chi Minhs Friedensangebot	S. 3
Zurückgestellte Verfassungsänderung	S. 5
Tatsachen zur geplanten Mieterhöhung	S. 7

Fritz Henssler zum Gedächtnis

Von Willi Eichler

Lücke um Lücke wird in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei und in die der Sozialistischen Internationale gerissen - nach Kurt Schumacher, Erik Nölting und Ernst Reuter ist am Freitag morgen Fritz Henssler gestorben. Gewiß, er war schon lange Zeit krank gewesen, und niemand hatte daran zweifeln können, daß der Tod die Hand nach ihm ausgestreckt hatte. Aber trotz seiner Behinderung durch ständige Schmerzen hatte er - obwohl er einen Teil seiner übermäßigen Verpflichtungen an andere abgegeben hatte - immer noch Zeit zu planen, zu raten und zu helfen, wo immer sein Rat und seine Hilfe gesucht und erbeten wurden. Und das geschah sehr oft, und immer mit Erfolg, weil Fritz Henssler das Amt eines führenden Politikers, in der Partei, in der Stadtgemeinde, im Landtag von Nordrhein-Westfalen oder im Bundestag ernst nahm. Er war kein Vielredner und auch kein brillanter Sprecher, - aber wenn er sich zu Wort meldete, dann wußte jeder, daß er etwas Wichtiges zu sagen hatte, worauf er sich in seiner gründlichen und verantwortungsbewußten Art sorgfältig vorbereitet hatte. Und schon in diesen seinen öffentlichen Reden zeigte sich einer seiner hervorstechendsten Charakterzüge: Er bediente sich nicht billiger demagogischer Kniffe und Tricks, immer war er darauf aus, durch Argumente zu überzeugen, statt gewandt und gerissen den Gegner zu "überrollen".

Fritz Henssler ist 67 Jahre alt geworden. Am 12. April 1886 in Württemberg geboren, ging er nach Beendigung der Schulzeit in die Buchdruckerlehre. Mit 25 Jahren ging er zum Journalismus über und gehörte bis zum Ausbruch des Dritten Reiches verschiedenen Redaktionen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse an.

Fast 50 Jahre - seit 1905 - gehörte Henssler der Sozialdemokratischen Partei an. Er war der Führer der Stadtverordneten-Fraktion in Dortmund von 1924 bis 1933, Mitglied des Provinziallandtags und von 1930-1933 im Deutschen Reichstag. Nach dem Januar 1933 beteiligte er sich an der illegalen Arbeit gegen das Hitler-Regime, wurde einige Male für kurze Zeit verhaftet, 1935 aber endgültig verhaftet, wegen Hochverrats zu Gefängnis verurteilt, und im Anschluß daran für acht Jahre in das berüchtigte Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert.

Nach dem Zusammenbruch 1945 stellt sich Henssler ungebrochen dem Aufbau Deutschlands und der SPD zur Verfügung. Selten erwähnt er auch nur das furchtbare Schicksal, das das NS-Regime ihm zugemutet hatte, von dessen Folgen er sich aber niemals ganz erholen konnte. Schon auf dem ersten Parteitag der SPD in Hannover wurde er in den Vorstand der neugegründeten Partei gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehört hat. In dieser Körperschaft hat er außerordentlich befruchtend gewirkt. Er war kein einfacher Diskutierer - er machte eine Entscheidung weder sich selber noch anderen zu leicht. Immer behielt er das Ganze im Auge: Sei es beim Abwägen der Interessen der Gesamtheit und der bloßen Parteiinteressen, sei es beim Urteil über die Gruppeninteressen innerhalb der Partei gegenüber dem Parteiganzem. Hier zeigte sich eine heute sehr selten gewordene Objektivität, die die Rücksicht auf den eigenen Vorteil, auch den der Partei, hinter sich ließ. Und dabei stand ihm nichts höher als die Partei, die seine alte Heimat war. Aber in seiner Dortmunder Gedenkrede für Kurt Schumacher hat er deutlich gemacht, was auch seine eigene Haltung war: "Ich wünschte, jede Rede, die verantwortliche Männer des politischen Lebens halten, wäre ebenso sehr das Ergebnis sorgfältiger Überlegungen und starker, tiefer selbstkritischer Überprüfung seiner eigenen Haltung gewesen, wie es bei Kurt Schumacher der Fall war". Bei ihm war es gerade so der Fall!

Henssler war der unbestrittene, auch innerlich unbestrittene Führer der Sozialdemokratie Nordrhein-Westfalens. Das Ruhrgebiet war die Heimat des Schwaben Henssler geworden, der seinen Heimatdialekt nie verleugnete. Hier fand er die Art der Menschen, die ihm lagen, die durch schwere Arbeit gewöhnt waren, das Leben nicht leicht zu nehmen, und die immer zuerst daran gehen mußten, in ihrem Vaterlande "die Trümmerberge wegzuräumen, die eine wahrwitzige Machtpolitik hinterlassen hatte". Und weil er die Bedeutung dieses Herzstücks der deutschen Wirtschaft und des deutschen Lebens kannte, verteidigte er es mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit. Seine Reden über das Besatzungsstatut, die Ruhrbehörde und den Schuman-Plan zeugen von dieser selbstverständlichen Kraft.

Henssler war ein bescheidener, zu bescheidener Mann. Wenn er gewollt hätte, wäre es vielleicht möglich gewesen, ihn nach der ersten Landtagswahl zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen zu machen. Er lehnte Bemühungen in dieser Richtung schroff ab, - ein solcher Posten sei nichts für ihn, er könne "nicht repräsentieren"! und dabei fehlt uns heute gewiß nichts mehr als solche Persönlichkeiten, die "repräsentieren" nicht in dem heute darunter verstandenen Sinn auffassen, sondern die - ohne es zu wollen - die Menschheit in ihren besten Erscheinungen repräsentieren, zu denen sie gehören, ohne dazu "ernannt" worden zu sein.

Fritz Henssler hat uns das große Beispiel eines Genossen und Freundes gegeben, das dem Bild entsprach, das er sich von einem Politiker unserer Zeit geformt hatte: "Es kommt auf die Heranbildung politischer Gesinnungsmenschen an, deren Entscheidung nicht diktiert ist von eigennützigem Interesse. Die deutschen Demokraten, die Hitler gegenüber fest geblieben sind, haben bewiesen, daß sie keine Spekulationsdemokraten sind, daß sie auch nicht Demokraten sein wollen aufgrund und Befehl der Militärregierung, sondern daß sie Demokraten der Gesinnung sind".

Ein solcher großer Gesinnungs-Demokrat ist mit Fritz Henssler von uns gegangen. Möge das Beispiel seines Lebens für viele zündend wirken!

+ + +

Will Frankreich verhandeln ?

G.S. - Paris

Das Interview, das der geheimnisvolle, zickenbärtige Ho Chi Minh einer schwedischen Zeitung erteilte, hat in Frankreich - und mehr noch in Saigon - wie eine Bombe eingeschlagen. Man hätte sich indessen sagen können, daß die neue sowjetische Haltung zu der Vierer-Konferenz und mehr noch die Kompromißbereitschaft der chinesischen Kommunisten in Panmunjom eine Änderung der Haltung oder ... "Taktik" des kommunistischen Lagers einleitete.

Ho Chi Minh handelt sicherlich im Einverständnis mit Peking oder Moskau oder mit beiden; es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die indochinesischen Kommunisten - ebenso wie das französische Volk - genug von diesem Krieg haben, den sie ebenso wie Frankreich "siegreich" beenden können. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Kommunisten am Vorabend der Bermuda-Konferenz ein neues Element der Verwirrung in das westliche Lager hineintragen wollten, denn ganz offensichtlich ist man in den Vereinigten Staaten angesichts der Möglichkeit eines Waffenstillstandes in Indochina nicht begeistert ...

In Frankreich wird jetzt der Wille, das Ringen in Indochina zu beenden, zu einer riesigen Welle anwachsen, wobei dieser Wille nicht mehr nur bei der Linken, sondern auch in zahlreichen konservativen Kreisen zum Ausdruck kommt. Gewiß wird die französische Regierung versuchen, die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben, sie wird erklären, daß gewisse "Bedingungen" erfüllt werden müssen, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzen kann - aber es ist jeder französischen Regierung unmöglich, heute "Nein" auch nur zu einer Verhandlungsmöglichkeit zu sagen. Das ist die neue Situation, die das Verhandlungsangebot Ho Chi Minhs in einem neuen und vielleicht verheißungsvollen Lichte erscheinen läßt.

Doch mache man sich keine Illusionen: Frankreich hat sich in Indochina selbst Partner gegeben, die nichts mehr fürchten als eben eine Verhandlung und ein eventuelles Abkommen mit den indochinesischen Kommunisten. Die bisher von Frankreichs Gnaden lebenden Regierungen in Laos, Kambodscha und Viet-Nam sind sich vollständig klar

darüber, daß ihre schon jetzt sehr schwache Autorität bei einer Einigung mit Ho Chi Minh vollständig in die Brüche gehen würde. Kaiser Bao Dai gründet seine schwache Autorität eben auf die Tatsache, daß das riesige Land vom Krieg überzogen ist, daß Frankreich, ob es will oder nicht, in Indochina einer Autorität bedarf, die nicht allein auf den Waffen gegründet sein kann.

Jetzt beginnen für die französische Regierung, die bisher keine Politik in Indochina hatte, die eigentlichen Schwierigkeiten. Wie soll sie ihre Satelliten beruhigen, die - um ihrer Existenz willen - die Fortsetzung des Krieges in Indochina wünschen? Diese Satelliten haben Verbündete, deren Einfluß nicht unterschätzt werden sollte. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Interviews, in dem Ho Chi Minh seine Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck brachte (unter Verwendung der üblichen Propagandaformeln, aber dennoch..) meldeten sich die französischen Militärs in Indochina zu Worte, um zu versichern, daß Frankreich in Indochina sich am Vorabend "entscheidender Siege" befinde (man hört diese Musik seit sechs Jahren..), daß es, wenn man verhandeln wolle, erforderlich sei, eine "starke militärische Position" zu besitzen (was stimmt, aber von Frankreich nicht erreicht werden kann). In einem Augenblick, da das französische Volk mehr denn je die Einstellung jenes mörderischen Ringens in den indochinesischen Reisfeldern ersehnt, steht die französische Regierung vor der folgenschweren Wahl, die Verhandlung anzustreben oder jenen Gehör zu schenken, die aus den verschiedensten Gründen an der Weiterführung des Krieges interessiert sind. Eine offiziöse Statistik (die sicherlich hinter der Wahrheit zurückbleibt) besagt, daß allein im Jahre 1952 13000 Soldaten der "Französischen Union" gefallen sind und über 10000 verletzt wurden. Und der Krieg dauert seit dem Jahre 1946.

Was wird auf der Bermuda-Konferenz geschehen? Es ist zu befürchten, daß die Vereinigten Staaten über eventuelle Verhandlungen nicht entzückt sein werden, auch wenn Laniel darauf hinweisen sollte, daß schließlich in Korea auch verhandelt wird, obwohl vorher kein militärischer Sieg erzielt wurde. Hat nicht USA-Vizepräsident Nixon kürzlich in Saigon erklärt, daß "Südostasien unter keinen Umständen verloren gehen darf?"

Die französische Regierung befindet sich angesichts der Widerstände der Militärs, der "Verbündeten" in Indochina (die mehr fordern als Ho Chi Minh je verlangte) in einer wenig beneidenswerten Position. Und dennoch ist jetzt mit den Erklärungen Ho Chi Minhs eine neue Lage geschaffen worden, die Waffenstillstands-Verhandlungen in Indochina unausweichlich macht.

Vergewaltigung des Grundgesetzes droht !

(sp) Nur unter dem Druck der politischen und juristischen Bedenken, die von der sozialdemokratischen Opposition, aber auch aus den eigenen Reihen erhoben worden sind, haben sich die CDU/CSU und ihr Schatten, die Deutsche Partei, am Donnerstag im letzten Augenblick bereitgefunden, auf die angekündigte Kampfabstimmung zu verzichten, mit der sie die Ergänzung der Tagesordnung der Bundestags-Sitzung vom 10. Dezember durch den Koalitions-Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes erzwingen wollten. Die Vorlage dieses Gesetzentwurfes, mit dem das Grundgesetz zugunsten des EVG-Vertrages geändert und ergänzt werden soll, über dessen endgültige Fassung aber noch keine Übereinstimmung im Regierungslager besteht, sollte ausschließlich aus taktischen und propagandistischen Gründen erfolgen, in erster Linie im Hinblick auf die Bermuda-Konferenz und auch im Hinblick auf die Vorbereitungen zur Abhaltung einer Viermächte-Konferenz. In der Sache bestand jedenfalls nicht der geringste Anlaß, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik im gegenwärtigen Zeitpunkt mit diesem schwierigen und heißen Problem zu belasten, wenn man nicht bewußt die internationale Verhandlungssituation erschweren wollte.

Es erscheint im Augenblick vielleicht noch etwas verfrüht, auf all das im einzelnen einzugehen, was bisher mehr oder weniger verbindlich bekanntgeworden ist. Aber die Tendenz ist unverkennbar und alarmierend genug. Zu den wesentlichsten, nicht allein von der Opposition erhobenen Bedenken gehört in erster Linie der Einwand dagegen, daß die Westverträge fester Bestandteil des Grundgesetzes werden sollen. Der Hinweis auf die Tatsache, daß auch die Weimarer Verfassung den Versailler Vertrag in ähnlicher Weise einbezogen hatte, ist gewiß nicht stichhaltig, wenn man nicht das damalige Verfahren, das politisch dann so ungeheuer schädlich gewirkt hat, als empfehlenswert für die heutige Zeit übernehmen will.

Die in den Verträgen von Bonn (General-Vertrag) und Paris (EVG-Vertrag) enthaltenen Bestimmungen sind so außerordentlich weitgehend und greifen so tief in das Leben und das Schicksal unseres Volkes ein, daß die Absicht der Adenauer-Koalition, diese Verträge freiwillig zu einem unlöslichen Bestandteil des Grundgesetzes zu machen und ihre Bestimmungen seinen Artikeln sogar überzuordnen, geradezu vermessen ist. Es gibt in diesem zweiten Bundestag bei der Koalition wahrscheinlich

nur wenige Abgeordnete, die im Zeitpunkt ihrer Stimmabgabe übersehen können, welchen Gefahren sie mit dem Ja in der Koppelung Tür und Tor öffnen.

Ungeachtet jeder späteren Erörterung über Detailfragen muß aber auf einen Punkt bereits jetzt nachdrücklich verwiesen werden, nämlich auf die Frage, wie sich auf der Basis eines den Westverträgen untergeordneten Grundgesetzes das Problem der deutschen Einheit überhaupt oder doch so verwirklichen lassen soll, daß es dem Wunsche des ganzen deutschen Volkes nach einer baldigen deutschen Wiedervereinigung in Freiheit, aber auch in Frieden entspricht. Der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung würde, wenn der Gesetzentwurf der Koalition rechtens werden sollte, für die Dauer der Gültigkeit dieser Verfassung mit dem vollen Gewicht der Bestimmungen der Westverträge belastet werden, die den Einfluß der Westalliierten in Deutschland allein und ausschließlich entscheidend machen. Auch das Saar-Problem muß unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

Weitere schwere Bedenken kristallisieren sich um die Absichten, "einzelne" Grundrechte für Angehörige einer künftigen Wehrmacht außer Kraft zu setzen oder einzuschränken, eine Art von "Sondergerichten" einzurichten, und wichtige Teile rückwirkend vom 1. März 1953 in Kraft treten zu lassen, um nur einiges herauszugreifen.

Das ganze Verfahren, so wie es in dieser Frage von der Regierung jetzt im Zeichen der parlamentarischen Neugruppierung nach dem 6. September in Gang gebracht worden ist, muß vom Standpunkt einer verantwortungsbewußten parlamentarischen Arbeit äußerst fragwürdig genannt werden. Mit überhasteten, politisch durch eine ganz bestimmte aktuelle Situation bedingten, juristisch oft unklaren und sehr auslegungsfähigen Bestimmungen bzw. Maßnahmen soll in Lebensfragen des gesamtdeutschen Interesses eine Verfassung für lange Zeit geändert und neu festgelegt werden, deren provisorischer Charakter unbestritten ist.

Wie sehr sich außerdem alle diese Überlegungen im Regierungslager zunächst noch im luftleeren Raum bewegen, wurde übrigens am Donnerstag abend durch die Erklärung eines Sprechers des französischen Hochkommissars deutlich, noch gelte das Besatzungsgesetz, und mit einer Zustimmung der französischen Regierung zu einer Änderung des Grundgesetzes in der vorgesehenen Art sei nicht zu rechnen.

Tatsachen zur geplanten Mieterhöhung

H.W. Die DAG, Landesverband Berlin, hat in Berlin eine interessante Wohnungsumfrage veranstaltet, die auch über Berlin hinaus von allgemeinem Interesse sein dürfte. Sie konfrontiert jedesmal den Tatbestand (Ist) mit dem Wunsch der Befragten. Da ist zunächst der Tatbestand, daß von tausend Befragten (Angestellten) 312 bis zu 300,-M netto und darunter verdienen. Wovon der höchste Anteil aus Familien von drei Personen und mehr besteht. 33,4 Prozent der Befragten wohnen in der Berliner City, 44,6 Prozent in Stadtteilen im S-Bahnbereich, 32,1 Prozent in Gartenstadtvororten und nur 2,6 Prozent in ländlichen Vororten. Ihrem Wunsch nach möchten 68,4 Prozent in Gartenstadt-Vororten wohnen, 29,6 Prozent im S-Bahnbereich und nur 12,3 Prozent in der Innenstadt (der Überschuß über 100 Prozent beruht auf teilweiser Deckung von Vorort- und S-Bahnbereich). 43,2 Prozent möchten einen "Schulweg" bis zu 30 Minuten zur Arbeitsstätte haben, was für Berlin sehr wenig ist (29,4 Prozent haben einen solchen halbstündigen "Schulweg"). Diese Wohnlage-Wünsche zeigen ziemlich eindeutig, daß die Stadtplanung sich hüten muß, die Innenstadt (City) als Wohnbezirk blind wieder aufbauen zu wollen. Die Innenstadt hat nur dann als Wohngebiet noch Chancen, wenn sie sehr aufgelockert wird mit Gartenstadt-Charakter.

Fast sensationell sind die Antworten auf die Frage nach Eigenheim-Wünschen. Nur 24,5 Prozent wünschen im eigenen Haus zu wohnen, (Ist: 3 Prozent), dagegen sind 64,9 Prozent mit Wohnen zur Miete zufrieden, (Ist: 72,8 Prozent). Da die DAG sich sehr für Arbeitnehmer-Eigentum einsetzt, stellt sie diesen Punkt in ihrer Publikation nicht sehr stark heraus. Uns scheint es jedoch aufschlußreich zu sein, daß der Wunsch, unbedingt in einem eigenen Haus zu wohnen, gar nicht so groß und so verbreitet ist, wie man gemeiniglich behauptet. Diese Berliner Enquete zeigt, daß man zwar ganz gerne in einem Allein-Haus wohnen möchte (24,2 Prozent), daß man aber zumindest nichts dagegen hat, wenn man darin "nur" zur Miete wohnt. Offenbar möchte man mit dem ganzen "Brassel", der mit Hausbau und Hausbesitz verbunden ist, nichts zu tun haben. Diejenigen, die in mehrgeschössigen Häusern wohnen oder wohnen möchten, bevorzugen zu 49 Prozent zwei- und dreigeschossige

Häuser. Übrigens wohnen noch 20,8 Prozent der Befragten zur Untermiete, im Statistischen Jahrbuch 1953 waren es 1950 sogar 27,4 Prozent. Das zeigt, daß trotz intensiver Wohnungsbautätigkeit der Wohnungsbedarf noch bei weitem nicht gedeckt ist.

Was das Baualter der Wohnung betrifft, so bewohnen 56,4 Prozent der Befragten vor 1924 erbaute Wohnungen. Nach dem Statistischen Jahrbuch sind es 50,9 Prozent, die vor 1918 erbaute Wohnungen bewohnen. Das ist für ganz Westdeutschland und zu diesem Zeitpunkt wichtig, da eine Erhöhung der Altbaumieten erwogen wird, die dann also über 50 Prozent der Mieter betreffen würde.

Erschütternd sind die Anteilszahlen der Miete am Einkommen, wenn man die Novelle zum ersten Wohnungsbaugesetz zugrunde legt, die qm-Mietpreise bis zu M 1,43 oder gar M 1,65 pro qm für den Raum Berlin zuläßt. Das würde bei Ehepaaren mit Einkommen zwischen 251,-- und 300,-- M (19,8 Prozent) eine Einkommensbelastung von mindestens 26 Prozent bis 33 Prozent bedeuten. Bei Ehepaaren mit Einkommen unter 250,-- M (21,4 Prozent) bewegt sich der Mietanteil dann zwischen 34,3 Prozent - 39,6 Prozent, wird also untragbar. Legt man für Familien ab drei Personen eine sehr geringe Wohnfläche von 60 qm zugrunde, so beläuft sich für diese in der Einkommenskategorie bis M 300,-- netto der Mietaufwand auf 26-33 Prozent. Es würden also für die drei Personen nach Mietzahlung nur noch etwa M 215,-- für den weiteren Lebensunterhalt übrig bleiben. Die für den sozialen Wohnungsbau (gemeinnützig, genossenschaftlich und privat mit Inanspruchnahme öffentlicher Gelder) in Berlin vorgesehene Richtsatzmiete von M 1,10 pro qm Wohnfläche ist also das äußerste, was dem Normalverbraucher an Miete zugemutet werden kann. Die DAG schreibt dazu: "Ohne daß wir als Deutsche Angestellten-Gewerkschaft aus der Notwendigkeit der Rentabilität verschließen, ist doch die Förderung freier marktwirtschaftlicher Tendenzen in der Wohnungswirtschaft ohne die entscheidende Berücksichtigung des Einkommens der Verbraucher nicht möglich. Die unbedingte Notwendigkeit der Wohnung für jeden Bürger verlangt die Fernhaltung jedes spekulativen und händlerischen Denkens".

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Verantwortlich: Peter Raunau